

Wahlprüfsteine des Caravaning Industrie Verband e.V.

Antworten - Partei **FDP Mecklenburg-Vorpommern**

Mecklenburg-Vorpommern zählt zu den führenden Standorten für Caravaning- und Camping-Tourismus in Deutschland. Caravaning und Camping haben sich damit zu einer tragenden Säule des Tourismus im Land entwickelt. Da die Tourismuswirtschaft eine herausragende Bedeutung für den Standort Mecklenburg-Vorpommern einnimmt, hat auch die Entwicklung des Caravaning- und Camping-Tourismus besondere Relevanz für das Land.

1. Die FDP strebt einen grundsätzlichen Ausbau der Caravaning- und Camping-Infrastruktur im Land an. Wir wollen eine gezielte Stärkung der Qualität der Infrastrukturen vor Ort erreichen. Als marktliberale Partei erachten wir es als den zielführendsten Ansatz, hierfür entsprechende marktwirtschaftliche Anreize zu setzen. Grundsätzlich geht es um Investitionen in die vorhandene Infrastruktur auf den Plätzen und in der jeweiligen Region (u.a. Radwege, Barrierefreiheit, Breitband, Digitalisierung vor Ort auf den Plätzen), insbesondere im ländlichen Raum.

Zum anderen geht es um den Abbau von bürokratischen Hürden, beispielsweise hinsichtlich der nötigen Novellierung der Campingplatzverordnung, und um die Stärkung des Marketings im Bereich Caravaning und Camping. Dies erzeugt mehr Nachfrage und somit auch bei den kommunalen Vertretern in Politik und Verwaltung den entsprechenden Handlungsdruck, geeignete Flächen in der kommunalen Bauleitplanung bereitzustellen und die wirtschaftliche Relevanz besser zu verstehen.

2. Ja, siehe bereits Antwort zu Frage 1. Die Verordnung über Camping- und Wochenendplätze Mecklenburg-Vorpommern wurde zuletzt im Jahr 2010 angepasst und bedarf einer Novellierung. Wir wollen uns dabei grundsätzlich am Beispiel der Campingplatz-Verordnung Schleswig-Holsteins orientieren. Es geht u.a. um die Aktualisierung der Definitionen und Regelungen für Wohnwagen. Diese sollten an die heutige Modellvielfalt angepasst werden. Zudem sollte der Umgang mit Tiny Houses geregelt werden. Campingplätze sollen grundsätzlich dem naturnahen Tourismus und der Erholung dienen und nicht dem verschleierten „Dauerwohnen“.

3. Hier geht es vor allem darum, den Kommunen den größtmöglichen Handlungsspielraum zu lassen, gerade auch vor dem Hintergrund der kommunalen Selbstverwaltung. Die Kommunen sollen aus unserer Sicht selbst entscheiden können, welche Tourismuskonzeptionen sie für sinnvoll erachten und welchen Kooperationen sie beitreten wollen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Arbeiten des Wirtschaftsministeriums an einem „Tourismusgesetz“, das nach aktuellem Kenntnisstand eine gesonderte Tourismusabgabe zur Sicherung der Finanzierung der kommunalen Tourismusinfrastruktur vorsieht, sind Voraussagen über den weiteren Werdegang der Landesvorgaben im Bereich Tourismus gegenwärtig spekulativ.

Wir Liberale stehen grundsätzlich für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltungshoheit und einen Abbau von Regularien, Abgaben und Steuern jeglicher Art im Bereich Tourismus ein. Den Kommunen soll es selbst überlassen bleiben, für die Finanzierung ihrer Infrastrukturen individuelle Maßnahmen zu ergreifen. Zentrale Vorgaben zum Umweltschutz im Bereich Camping- und Caravaning-Tourismus halten wir für nicht erforderlich. Dies können die einzelnen Campingplatz-Betreiber in Abstimmung mit den Kommunen eigenständig entscheiden.

4. Hier verweisen wir zum einen auf die Antwort zu Frage 3. Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass die Transformation im Antriebssektor, egal ob bei der kommerziellen oder der privaten Mobilität, durch geeignete marktwirtschaftliche Anreize vorangetrieben werden sollte. Zentrale regulatorische Vorgaben oder Förderungen seitens des Bundes oder des Landes sind hierfür nicht erforderlich. Marktwirtschaftliche Steuerungsanreize bei gleichzeitiger Technologieoffenheit führen dazu, dass die Marktakteure die für sie wirtschaftlichste und pragmatischste Lösung wählen. Sofern die gesetzlichen Rahmenbedingungen fair und effektiv ausgestaltet sind, können alternative Kraftstoffe wie E-Fuels oder auch elektrogetriebene Fahrzeuge in der Caravaning-Mobilität an Bedeutung gewinnen. Des Weiteren könnten auch Kooperationen der Campingplatz-Betreiber mit den Kommunen, Herstellern von Ladesäulen etc. und den Universitäten bzw. Forschungsstellen gestärkt werden, um bei entsprechender Nachfrage die Infrastrukturen auszubauen.

5. Hier können wir auf die o.a. grundsätzlichen Ausführungen verweisen. Der Tourismus und insbesondere auch der Caravaning- und Camping-Tourismus nimmt in Mecklenburg-Vorpommern eine zentrale Bedeutung für die landesweite Wirtschaft ein. Alles, was die Wirtschaft stärkt – in diesem Falle die Tourismuswirtschaft – muss daher auch stärker in den Fokus der Kommunal- und Landespolitik rücken. Hier werden wir vor Ort die Thematik noch mehr im Bewusstsein der Entscheidungsträger und Bürger verankern. Geeignet hierfür sind beispielsweise Gemeindevertretungen, Bürgerveranstaltungen, kommunale Tourismusinformationsstellen oder auch die lokale Wirtschaftsförderung. Die Kommunalpolitik muss hier alle Hebel in Gang setzen, um die nötige Aufmerksamkeit zu generieren und das Verständnis für die Bedeutung der Branche für die regionale Wirtschaft zu stärken.